

Pulsnitzer Wochenblatt

Sernsprecher: Nr. 18.

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.

Mit „Illustriertem Sonntagsblatt“, „Landwirtschaftlicher Beilage“ und „Mode für Alle“.

Abonnement: Monatlich 45 Pf., vierteljährlich Mk. 1.25 bei freier Zustellung ins Haus, durch die Post bezogen Mk. 1.41.

Amts-



Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz

Inserate für denselben Tag sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die fünf mal gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., Lokalpreis 12 Pf. Reklame 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Zeitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Erfüllungsort ist Pulsnitz.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz, umfassend die Ortlichkeiten: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- u. Niederlichtenau, Friedersdorf-Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Expedition: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Verantwortlicher Redakteur: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nr. 33.

Dienstag, 19. März 1912.

64. Jahrgang.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden Freitag und Sonnabend, am 22. und 23. März 1912, bei der unterzeichneten Behörde nur dringliche Geschäfte erledigt.
Pulsnitz, am 16. März 1912.

Königliches Amtsgericht.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

Freitag, den 22. März 1912, abends 1/8 Uhr, im Sitzungsfaale des Rathauses.

Tagesordnung.

1. Arealverkauf vom Scheunenweg.
2. Haushaltsplan der Armenkasse.
3. Telephonanlage im neuen Krankenhause.
4. Einlegung von Schleuse und Wasserleitung in den neu zu eröffnenden Teil der Dreherstraße (Megels Grundstück).
5. Entwurf eines Gesetzes wegen Regelung des Schornsteinfegerwesens.
6. Anstellung eines ständigen Lehrers und Beschaffung von Schulräumen.
7. 2 Dank schreiben.

Pulsnitz, den 19. März 1912.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Bermann Sperling,
Stadtverordnetenvorsteher.

Bekanntmachung.

Da die Schulkassenrechnung 1911/12 bis zum 15. April d. J. fertig gestellt sein muß, wird darauf hingewiesen, daß etwaige Forderungen an die Schulkasse, sowie rückständige Schulgeld- und Schulanlagenbeiträge spätestens bis 31. März d. J. dem Kassierer Morche zugestellt werden.
Pulsnitz M. S. und Vollung, am 19. März 1912.

Der Schulvorstand.
Oskar Mager, Vorsitzender.

Gegründet 1856

Mitteldutsche Privat-Bank

Aktiengesellschaft, Filiale KAMENZ

Magdeburg — Leipzig — Hamburg
Dresden Ringstrasse 22.

Aktienkapital und Reserven:
Mark 67 300 000.—

Niederlassungen im Königreich empfielt
Sachsen: sich
in Chemnitz, Aue, Eibenstock, zur
Kamenz, Lommatzsch, Meissen,
Oederan, Riesa, Sebnitz, Stollberg
Wurzen.

Annahmevervon Bareinlagen zur Verzinsung

ohne vorherige Kündigung	bei dreimonatiger Kündigung mit	3 1/2 0
und im Scheckverkehr mit	2 1/2 0	0
bei einmonatiger Kündigung mit	3 0 0	0
	bei sechsmonatiger Kündigung mit	4 0 0

Das Wichtigste.

Im Luga-Delesniger Revier ist gestern durchschnittlich die Hälfte der Belegschaft angefahren. Der Landesausschuß des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen tagte am Sonntag in Leipzig, stellte in einer Resolution fest, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichstagsfraktion beseitigt sind, und sprach das volle Vertrauen zu der bisherigen Führung aus.

Die Sächsische Zweite Kammer hat sich am Montag mit Petitionen beschäftigt. (S. Landtag.) Der Streik im Ruhrgebiet flaut ab. Dagegen sind die Bergleute des Zwickauer Reviers in den Streik eingetreten.

Kaiser Wilhelm trifft am 23. März in Wien ein und reist abends nach Venedig ab, wo er mit König Viktor Emanuel eine Zusammenkunft haben wird.

Das nächste Wettspielen um den Kaiserpreis findet voraussichtlich 1913 in Frankfurt a. M. statt. Der Reichstag hat am Sonnabend die Zentrumsinterpellation über den Bergarbeiterausstand beendet.

Der Reichstag hat am Montag die zweite Lesung des Stats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. (S. Reichstagsstimmungsab.)

Der Rücktritt des Schatzsekretärs Bermuth wird in der gesamten deutschen Presse lebhaft bedauert. In Gelsenkirchen sind sechs Personen an Methylalkoholvergiftung gestorben.

Die südwesafrikanische Nordküstbahn Windhof — Keetmanshoop ist in voller Länge dem Verkehr übergeben worden.

Die Zuckerkonvention ist auf fünf Jahre vom 1. September 1913 ab erneuert worden.

Drei Schiffskatastrophen haben eine Reihe von Menschenleben gefordert. Im Kanal ist der englische Dampfer „Oceana“ mit der deutschen Bark „Bisagua“ zusammengestoßen. An der nordafrikanischen Küste scheiterten der deutsche Dampfer „Aenfels“ und ein italienischer Dampfer.

Der britische Dampfer „North-Briton“ ist auf der Höhe von Cadix gesunken. Nur ein Mann ist gerettet.

In Taganrog (Rußland) ereignete sich eine schwere Grubenexplosion. 49 Leichen sind bereits geborgen.

Die Deckung.

Nun ist es heraus! Endlich hat sich die Regierung zu der Deckung der Wehrvorlagen geäußert, die leitenden Minister der größeren Bundesstaaten hatten eingehende Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Schatzsekretär, und man hat sich erfreulicherweise beeilt, das Resultat dieser Verhandlungen der Öffentlichkeit mitzutheilen, um den in das Leppige schließenden Kombinationen nunmehr ein Ziel zu setzen. Man muß sagen, daß das Ergebnis ein ungemein überraschendes ist, eine Lösung wie die nunmehr in Aussicht genommene, hatte wohl kein Mensch erwartet. Insbesondere hatte man wohl kaum geglaubt, daß nach den Erklärungen bei der ersten Statslesung die Erbanfallsteuer ausgeschalten werden würde; Herr von Bethmann-Hollweg hatte sich zwar etwas diplomatischer ausgedrückt, aber Herr Bermuth ließ mit faulibider Deutlichkeit durchblicken, daß man zur Deckung der Unkosten der Wehrvorlagen auf Erbanfallsteuer zurückgreifen würde. Die Aussprachen zwischen den leitenden Ministern werden wohl ziemlich lebhaft gewesen sein, und wenn es heißt, daß volle Einmütigkeit erzielt wurde, so schließt das nicht aus, daß es weite Meinungsverschiedenheiten gab, bevor dieses Ziel erreicht wurde. Wie sollte das auch anders kommen, wenn der Bundesrat mit einer Vorlage vor das Parlament treten will und in seinen eigenen Reihen etwaige Differenzen noch nicht unterdrückt sind. Die Mitteilung über das Ergebnis der Konferenz wird in einem offiziellen Communiqué noch des Näheren erläutert, und man muß sagen, daß die amtlichen Stellen, die sonst der Öffentlichkeit gegenüber meist recht zurückhaltend sind, mit einem Male äußerst gesprächig werden konnten. Man begründet die auffallende Entschließung mit der Situation im Reichstage, in dem man meint, die Stimmung der Parteien sei noch eine so verbitterte, daß eine einheitliche Aktion der bürgerlichen Parteien für die Wehrvorlagen und ihre Deckung unmöglich erscheine, wenn die Erbschaftsteuer dabei herangezogen würde. Die Regierung habe nicht die alten Spalten aufreißen wollen, sondern ihre Absicht sei es, die Parteien bei der Lösung der vorliegenden nationalen Aufgabe zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen. In diesem Dilemma ist man nun darauf verfallen, den Kontingentspiritus der vollen Verbrauchsabgabe zu unterwerfen, d. h. die sogenannte Viebesgabe aufzuheben, und mit den hieraus dem Reiche zufließenden Einnahmen die Kosten für die Wehrvorlage wenigstens zu einem großen Teile aufzubringen. Auf diese Weise hofft man, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, indem man die der Linken so verhasste Viebesgabe beseitigt und sich geneigt macht, unter diesen Umständen auf die Erbanfallsteuer zu verzichten. Der Plan ist recht schlau eingefädelt und taktisch nicht unklug, indessen wird abzuwarten bleiben, ob sowohl die Rechte wie die Linke mit einer derartigen Lösung zufrieden sein werden. In rechtsstehenden Kreisen dürfte man von der Aufhebung der Viebesgabe keineswegs so sehr erbaut sein, und andererseits kann es als fraglich gelten, ob die Linke so ohne weiteres auf die Erbschaftsteuer verzichten wollen und nicht mit einem Initiativantrag nach dieser Richtung hervortritt, der

zielt wurde, so schließt das nicht aus, daß es weite Meinungsverschiedenheiten gab, bevor dieses Ziel erreicht wurde. Wie sollte das auch anders kommen, wenn der Bundesrat mit einer Vorlage vor das Parlament treten will und in seinen eigenen Reihen etwaige Differenzen noch nicht unterdrückt sind. Die Mitteilung über das Ergebnis der Konferenz wird in einem offiziellen Communiqué noch des Näheren erläutert, und man muß sagen, daß die amtlichen Stellen, die sonst der Öffentlichkeit gegenüber meist recht zurückhaltend sind, mit einem Male äußerst gesprächig werden konnten. Man begründet die auffallende Entschließung mit der Situation im Reichstage, in dem man meint, die Stimmung der Parteien sei noch eine so verbitterte, daß eine einheitliche Aktion der bürgerlichen Parteien für die Wehrvorlagen und ihre Deckung unmöglich erscheine, wenn die Erbschaftsteuer dabei herangezogen würde. Die Regierung habe nicht die alten Spalten aufreißen wollen, sondern ihre Absicht sei es, die Parteien bei der Lösung der vorliegenden nationalen Aufgabe zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen. In diesem Dilemma ist man nun darauf verfallen, den Kontingentspiritus der vollen Verbrauchsabgabe zu unterwerfen, d. h. die sogenannte Viebesgabe aufzuheben, und mit den hieraus dem Reiche zufließenden Einnahmen die Kosten für die Wehrvorlage wenigstens zu einem großen Teile aufzubringen. Auf diese Weise hofft man, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, indem man die der Linken so verhasste Viebesgabe beseitigt und sich geneigt macht, unter diesen Umständen auf die Erbanfallsteuer zu verzichten. Der Plan ist recht schlau eingefädelt und taktisch nicht unklug, indessen wird abzuwarten bleiben, ob sowohl die Rechte wie die Linke mit einer derartigen Lösung zufrieden sein werden. In rechtsstehenden Kreisen dürfte man von der Aufhebung der Viebesgabe keineswegs so sehr erbaut sein, und andererseits kann es als fraglich gelten, ob die Linke so ohne weiteres auf die Erbschaftsteuer verzichten wollen und nicht mit einem Initiativantrag nach dieser Richtung hervortritt, der

